

»Auch die Qualität der Arbeit zählt«

Ein Interview mit Thomas Hentschel und Holger Bartels

Die Vergabe der EU-Direktzahlungen nach der Fläche fördert einseitig flächenstarke Betriebe und deren weitere Rationalisierung. Bezweifelt wird, ob die Steuergelder überhaupt sinnvoll eingesetzt und verteilt werden und ob auf diesem Weg angemessen auf die zukünftigen Herausforderungen der EU-Agrarpolitik reagiert werden kann. Aus bäuerlicher Perspektive kann eine Bindung der Direktzahlungen an Arbeit den höheren Arbeitsaufwand bei arbeitsintensiven, vielseitigen Betrieben berücksichtigen und darüber zu deren Einkommenssicherung, wirtschaftlicher Stabilisierung und Arbeitsentlastung beitragen. So kann dem Strukturwandel und einer weiteren Vereinseitigung der Flächenbewirtschaftung entgegengewirkt werden. Von einer Förderung der Arbeit statt der Fläche wird zudem erwartet, landwirtschaftliche Betriebe grundlegender bei den zusätzlichen Aufgaben für Umwelt-, Klima- und Ressourcenschutz unterstützen zu können. Auch die europäischen Agrargewerkschaften haben im letzten Jahr einen intensiven Austausch über die Vor- und Nachteile des Vorschlags, die Zahlung von EU-Agrargeldern an Beschäftigung und Arbeit zu binden, begonnen.

Ende Oktober traf sich der Agrarsektor der Europäischen EFFAT zur Beratung von Strategien für Arbeit und Beschäftigung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Neben dem neuen Vorschlag der EU-Kommission setzten sich die Agrargewerkschaften intensiv damit auseinander, Arbeit statt Fläche zum Kriterium für die Auszahlung der Direktzahlungen zu machen. Warum interessieren sich die Agrargewerkschaften für die Vorschläge?

Für die Agrargewerkschaften ist der Faktor Arbeit ein ganz entscheidender. Arbeitnehmer und -nehmerinnen kommen in der GAP nur unter dem Aspekt vor, wie viel Beschäftigung es in der Landwirtschaft gibt. Es wird nicht differenziert, wie und unter welchen Bedingungen die Beschäftigung stattfindet, auch in der Agrarstatistik nicht. Die Interessen von Arbeitnehmern in der Landwirtschaft, wie zum Beispiel der Arbeitsschutz oder andere soziale Standards, kommen bisher nicht vor.

Die europäischen Gewerkschaften begrüßen deshalb die neuen Vorschläge der EU-Kommission, Arbeitnehmer durch die mögliche Anrechnung der Löhne sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in das Instrumentarium der GAP aufzunehmen. Es wird damit erstmalig von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gesprochen. Der Faktor Arbeit kann nun wesentlich stärker in den Fokus der Agrarpolitik rücken. Wir versprechen uns davon, dass man in einem nächsten Schritt

auch die Qualität der Arbeit zum Thema macht: Wie sieht die Arbeit in der Landwirtschaft aus, wie ist sie organisiert – von der Saisonarbeit bis zur Vollbeschäftigung, oder auch: welche Belastungen gibt es für die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer? So würde auch der soziale Aspekt der Nachhaltigkeit in der GAP berücksichtigt werden.

Warum ist die Auseinandersetzung mit der Qualität der Arbeit für die Landwirtschaft so wichtig?

In der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) des Bundes, an der gewerkschaftliche Sozialpartner und Unternehmen beteiligt sind, ist die Landwirtschaft bisher leider unterrepräsentiert. Ein Beispiel: Wir reden alle vom demografischen Wandel. Es müssen Ideen entwickelt werden, wie man diesem speziell in der Landwirtschaft begegnen kann. Die Arbeitnehmer werden alle wesentlich länger arbeiten müssen. Die Arbeit in den Betrieben muss anders organisiert werden. Dazu gehören nachhaltige Lohnsysteme und Qualifizierung genauso wie eine entsprechende Gesundheitsvorsorge, mit der Menschen überhaupt in die Lage versetzt werden, bis zu einem Alter von 67 Jahren ihre Arbeit ausführen zu können.

Die Direktzahlungen werden bei dem neuen Vorschlag der EU in direkte Abhängigkeit zur Betriebsgröße gestellt.

Den großen Betrieben wird die Möglichkeit eingeräumt, im Vorjahr entstandene Lohnkosten anrechnen zu lassen. Wie bewerten die Agrargewerkschaften als die Vorschläge?
Für die Agrargewerkschaften reicht allein die Berücksichtigung der Lohnkosten des landwirtschaftlichen Betriebes nicht aus. Im Augenblick sieht der Vorschlag einfach nur vor, Agrargelder zwischen landwirtschaftlichen Betrieben anders zu verteilen. Man sollte einen Teil der Kappungsbeiträge als Mittel für die Qualifizierung und eine zusätzliche Altersversorgung der Arbeitnehmer reservieren. Damit wäre dann auch ein qualitativer Sprung im Bereich der Arbeit geschaffen. Gerade in der Landwirtschaft sehen wir eine sehr starke Altersarmut auf uns zukommen, da ist dringender Handlungsbedarf.

Sie haben auch die Vorschläge, Direktzahlungen grundsätzlich auf den Faktor Arbeit umzustellen, diskutiert. Bäuerliche Interessenvertretungen erhoffen sich davon eine bessere Berücksichtigung bisher benachteiligter arbeitsintensiver Betriebe. Worin sehen die Gewerkschaften einen qualitativen Unterschied?

Es macht schon einen qualitativen Unterschied aus, dass die Diskussion um die grundsätzliche Umstellung von flächenbezogenen Parametern auf den Arbeitsfaktor fortgesetzt wird. Diese Diskussion muss auch in andere europäische Mitgliedsstaaten getragen werden. Aber die Vorschläge müssen in Zusammenhang mit den sehr unterschiedlichen Problemlagen in der Landwirtschaft der 27 Mitgliedsstaaten analysiert und diskutiert werden. Bieten sie zum Beispiel Antworten auf die Schwarzarbeit und schlechte soziale Absicherung der vielen Landarbeiter? Wie wirken sie in Regionen mit vielen Kleinbetrieben bzw. überwiegend großlandwirtschaftlichen Strukturen? Hier muss weitergearbeitet werden.

Bietet die Stärkung des Faktors Arbeit in der Ersten Säule eine Chance, über die GAP die Interessen der landwirtschaftlichen Betriebe und der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer gemeinsam zu berücksichtigen? Das ist ja bisher nicht der Fall.

Indem die Arbeit in den Fokus kommt, wird mehr über die Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft diskutiert und darüber, welchen Anteil die Arbeit der in der Landwirtschaft beschäftigten Arbeitnehmer und Arbeitgeber an diesen hat. Damit rückt auch die Agrarpolitik stärker in den gesellschaftlichen Fokus. Die Landwirtschaft muss sich noch wesentlich stärker positionieren: Was bietet die Landwirtschaft der Gesellschaft und was erwartet sie dafür von der Gesellschaft? Und nicht nur anders herum: Was erwartet die Gesellschaft von der Landwirtschaft und was bietet diese dafür? Hier sehen wir großen Diskussionsbedarf und viele gemeinsame Interessen.

Welche Rolle spielen Arbeit und Beschäftigung bisher in der Zweiten Säule der GAP?

In der Zweiten Säule müssten die Handlungsmöglichkeiten gerade für die Landwirtschaft größer sein. Ihr darf der Agrarbezug nicht verlorengehen. Gute Ansätze gibt es im Bereich des Know-how-Transfers; in der ELER-Verordnung wird die soziale Armut in den ländlichen Räumen thematisiert. Insgesamt bietet die Zweite Säule einen besseren Weg zu einer einheitlicheren gesellschaftlichen Diskussion über die Position der Landwirtschaft, man kommt besser über die Themen Fläche und Direktzahlungen hinaus. Hier lassen sich auch gute Chancen eröffnen, etwas gegen den Fachkräftemangel in der Landwirtschaft zu tun. Dieses Problem lässt sich nicht allein über Kampagnen regeln, in denen das Arbeitsfeld Landwirtschaft attraktiv dargestellt wird. Hier muss es substanzielle Verbesserungen geben. Die landwirtschaftlichen Löhne dürfen nicht von denen anderer gesellschaftlicher Gruppen abgehängt werden, sie müssen angeglichen werden. Es muss etwas für die Weiterbildung der Arbeitnehmer getan werden und für ihre soziale Absicherung.

Landwirtschaftliche Arbeitnehmer sollten stärker an den Initiativen zur Entwicklung der ländlichen Räume und Wirtschaft wie LEADER beteiligt werden. Leider setzen sich auf lokaler Ebene die kaum vorhandenen demokratischen Strukturen in den landwirtschaftlichen Unternehmen fort. Arbeitnehmer sind nur selten in lokalen Aktionsgruppen und regionalen Partnerschaften beteiligt. Die Landwirtschaft will gute Arbeitskräfte und Fachkräfte gewinnen, diese wollen aber neben der Arbeit auch im ländlichen Raum leben können. Es ist also wichtig, sie an der Entwicklung der ländlichen Räume zu beteiligen, damit sie sich mit dem Berufsstand und der ländlichen Region identifizieren können.

Das Interview führte Karin Jürgens



Thomas Hentschel

Geschäftsführer des Peco-Institut e.V. –
Institut für nachhaltige Regionalentwicklung

Luisenstr. 38, 10117 Berlin
E-Mail: thomas.hentschel@peco-ev.de



Holger Bartels

Abteilungsleiter Agrar und Umwelt beim
Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt
(IG BAU)

Luisenstr. 38, 10117 Berlin
E-Mail: holger.bartels@igbau.de